

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

#### **zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 18. April 2018 – Drucksache 16/3921**

#### **Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

##### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 18. April 2018  
– Drucksache 16/3921 – Kenntnis zu nehmen.

25. 04. 2018

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Sylvia M. Felder

Willi Stächele

##### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung Drucksache 16/3921 in seiner 17. Sitzung am 25. April 2018.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD brachte vor, laut Mitteilung Drucksache 16/3921 wolle der EU-Haushaltskommissar Oettinger einen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) in der Größenordnung von 1,1x % des Bruttonationaleinkommens (BNE) vorlegen, während das Europäische Parlament eine Obergrenze von 1,3 % des BNE fordere. Eine Obergrenze von 1,3 % des BNE bedeute nach seinen Berechnungen unter Berücksichtigung von Zins und Zinseszins eine Verdopplung des EU-Haushalts bis 2026. Das seien gewaltige Summen. Ihn interessiere, warum keine konkreten Zahlen mitgeteilt würden und weshalb nicht von Bruttonationaleinkommen, sondern von Bruttonationaleinkommen gesprochen werde. Er bitte um eine konkrete Angabe, um wie viele Milliarden es sich tatsächlich handle.

Abg. Joachim Kößler CDU erläuterte, mit den angegebenen Prozentzahlen vom Bruttonationaleinkommen bzw. vom Bruttonationaleinkommen – das sei eine Abgrenzungsfrage – werde keine Steigerung ausgedrückt. Es gehe um den Anteil. Aktuell sei festgelegt, dass rund 1 % des Bruttonationaleinkommens an den EU-Haushalt gehe. Oettinger habe davon gesprochen, dass dies künftig etwa 1,15 % sein könnten. Es gebe Forderungen des Europäischen Parlaments von 1,3 %. Seines Erachtens werde sich das Ganze wohl irgendwo dazwischen einpendeln.

In die Überlegungen sei auch einzubeziehen, dass Deutschland aufgrund des Brexits 12 Milliarden € zusätzlich bezahlen solle und dass aufgrund neuer Aufgaben für den Grenzschutz und die gemeinsame Verteidigungspolitik etliche Milliarden zusätzlich benötigt würden.

Minister Guido Wolf führte aus, im Moment sei niemand in der Lage, einen konkreten Betrag oder die konkrete Prozentzahl des künftigen Anteils zu benennen. Er wäge die Prognose, dass es mehr als bisher sein werde. Auf Bundesebene sei im Koalitionsvertrag die Bereitschaft der Bundesregierung, hier mehr für Europa zu geben und in Europa zu investieren, festgehalten. Doch müsse jetzt erst einmal abgewartet werden. Am 2. Mai 2018 lege der Haushaltskommissar Oettinger einen Finanzierungsplan vor, der sicherlich einen gewissen Rahmen abstecken werde und der im Vorfeld mit vielen Beteiligten ausgehandelt worden sei. Das sei aber noch nicht das, was am Schluss zwingend Beschlusslage sein werde.

Nach seiner Einschätzung werde es mehr sein als bisher. Er gehe aber davon aus, dass es die Maximalvorstellung des Europäischen Parlaments von 1,3 % nicht sein werde. Nach seinem Dafürhalten liege der von Oettinger genannte Prozentsatz von 1,15 % relativ gut in der Mitte.

Letztlich solle es aber auch ein System werden, das aufzeige, was Europa in den kommenden Jahren bieten könne und solle. Oettinger spreche immer von einem Warengeschäft, das die europäischen Waren anbiete – Stichwort Sicherung der europäischen Grenzen. Bei einer Entscheidung für die einzelnen europäischen Leistungen werde sehr transparent dargelegt, was das im Einzelnen kosten würde. Je nachdem, wie das Paket dann einvernehmlich geschnürt werde, werde sich die Summe beziffern, die am Ende eingebracht werden müsse.

Nach seiner Einschätzung werde es also mehr als bisher sein. Er könne aber mit der konkreten Prozentzahl, geschweige denn mit dem konkreten Finanzierungsanteil Deutschlands bisher nicht aufwarten.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD äußerte, er entnehme den Ausführungen des Ministers, dass der MFR im Moment nicht konkret beziffert werden könne. Letztlich sei aber auch bestätigt worden, dass es sich sehr wohl um eine Steigerung handle. Es handle sich sogar in doppelter Weise um eine Steigerung. Denn zum einen werde der Prozentsatz erhöht, und zum anderen steige der Basiswert. Bei der Steuer werde von einer kalten Progression gesprochen. Zu alledem komme noch die Überlegung, eigenständige EU-Steuern einzuführen. Das sei eine dritte Steigerungskomponente.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP verdeutlichte, bei einem Bruttoinlandsprodukt von 3 Billionen € bedeuteten 0,1 % 3 Milliarden €.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, es sei bekannt, was durch den Brexit weggebrochen sei und was an neuen Aufgaben hinzukomme. Diese Lücke gelte es zu füllen, oder es müsse an anderen Stellen gestrichen werden. Es bleibe spannend. Die nächsten drei Monate werde es eine Antwort geben.

Abg. Joachim Köbler CDU wies darauf hin, Oettinger habe auf einer CDU-Veranstaltung im Landtag von Baden-Württemberg davon gesprochen, dass momentan überlegt werde, zum einen den Prozentsatz des BNE im Zehntelbereich zu erhöhen und zum anderen einzusparen. Ob es gelinge, auf diese Weise den MFR aufzustellen, bleibe abzuwarten. Das hänge ganz entscheidend davon ab, ob die Kürzungen auf Zustimmung stießen und wie viele neue Aufgaben hinzukämen.

Vorsitzender Willi Stächele erinnerte bei dieser Gelegenheit an die Europa-Veranstaltung am 12. Juni 2018, auf der Kommissar Oettinger erlebt werden könne.

Minister Guido Wolf teilte mit, was die von Abg. Dr. Grimmer gerade angesprochene Einführung einer neuen EU-Steuer, also einer eigenen europäischen Einnahmequelle betreffe, so sei dies keineswegs Beschlusslage. Er selbst sei da sehr skeptisch und lehne diese ab. Es gebe sicherlich auch andere politische Positionen. Er sehe dafür im Moment aber keine Mehrheit. Er wäre da sehr zurückhaltend. Er wolle aber nicht verhehlen, dass das in der politischen Landschaft durchaus un-

terschiedlich diskutiert werde. So werde auch immer wieder über die Einführung einer europäischen Plastiksteuer und dergleichen nachgedacht.

Er hielte das aber für den falschen Weg. Er glaube, es wäre die falsche Botschaft, den Menschen Europa jetzt dadurch zu begründen, dass erst einmal eine europäische Steuer eingeführt werden müsse, um Europa finanzieren zu können. Das schließe nicht aus, dass in Europa mehr Geld investiert werde, aber – so seine Einschätzung – nicht über eine neue Steuer.

Abg. Josef Frey GRÜNE beantragte, die Debatte zu beenden, weil der EU-Kommissionsvorschlag für den MFR ohnehin nächste Woche veröffentlicht werde. Er ergänzte, bis dahin könnten sich alle, die das noch nicht wüssten, sachkundig machen über den Unterschied zwischen Bruttonationaleinkommen und Bruttoinlandsprodukt. In der vorliegenden Mitteilung gehe es um das Bruttonationaleinkommen.

Überdies werde die Mitteilung am 9. Mai 2018 im Plenum behandelt. Dann könne darüber diskutiert werden. Er halte es aber nicht für zielführend, jetzt hier der Landesregierung die Prozentsätze 1,1 oder 1,15 oder 1,3 vorzuwerfen. Seines Erachtens sei das Kaffeesatzleserei. Deswegen stelle er einen Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Debatte.

Vorsitzender Willi Stächele gab zu bedenken, der Fairness halber sollten die, die sich zuvor bereits zu Wort gemeldet hätten, noch sprechen dürfen. Denn grundsätzlich gelte hier schon das Recht auf Debatte. Wenn bisweilen die Debatte über den Bericht über aktuelle europapolitische Themen lediglich im Plenum geführt werde, so geschehe das immer konsensual. Sollte es Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt geben, so sollten sie auch beantwortet werden. Dadurch würden die Reden im Plenum letztlich auch gehaltvoller. Er hielt fest, den beiden noch ausstehenden Wortmeldungen werde stattgegeben, und danach werde die Rednerliste geschlossen.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP fragte, ob die Einschätzung, dass auf europäischer Ebene keine zusätzliche Einnahmequelle, auch keine Plastiksteuer, gewollt sei, die Ansicht des Ministeriums der Justiz und für Europa oder die Ansicht der Landesregierung sei.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD stellte klar, er habe keinerlei Vorwürfe gemacht, sondern lediglich eine Frage gestellt.

Minister Guido Wolf führte aus, die Landesregierung habe eine Kabinettsvorlage zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen erstellt. Da sei der Punkt präzise benannt. Das sei innerhalb der Landesregierung ein Gesprächsthema gewesen, bei dem keine Einigung habe erzielt werden können. Deshalb stehe in der Kabinettsvorlage, dass das, was an weiteren Investitionen in Europa gebraucht werde, im Wesentlichen einerseits aus Minderausgaben, also aus Einsparungen in den europäischen Programmen, und andererseits durch mehr Investitionen in Europa erbracht werde. In der Kabinettsvorlage sei bewusst darauf verzichtet worden, die Erhebung einer europäischen Steuer als Möglichkeit zu sehen.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/3921 Kenntnis zu nehmen.

03. 05. 2018

Sylvia M. Felder